

## REZENSIONEN

# Der indisch-chinesische Grenzkonflikt aus neuer Perspektive

DORIS SIMON

Neville Maxwell<sup>1</sup> hat mit seiner Darstellung des indisch-chinesischen Konfliktes großes Aufsehen in Indien erregt. Mit dem Titel „India's China War“ ruft er das Erstaunen aller hervor, die an der These von der Aggression Chinas festhalten. Nach der Auffassung des Autors wurde kein internationales Ereignis der letzten Zeit so mißverstanden, obwohl keines so gut dokumentiert sei. Maxwell war von 1959 bis 1967 Berichterstatter der Londoner „Times“ in Südasien und hat die Vorgänge in Indien aus eigener Sicht kennengelernt. Im Gegensatz zu anderen Kommentatoren konnte er außerdem unveröffentlichte Berichte der indischen Regierung und der indischen Armee einsehen.

Er läßt keinen Zweifel daran, daß er die Auseinandersetzung zwischen Indien und China als **Grenzkonflikt** betrachtet. In der historischen Einführung schildert er den Hintergrund der Grenzziehung sehr gerafft; die juristische Problematik wird nicht gesondert aufgeführt: der Autor mißt der politischen Auseinandersetzung den entscheidenden Wert bei.

Dieses Konzept erscheint aus mehreren Gründen berechtigt. Viele Autoren haben sich bereits detailliert mit den historischen Voraussetzungen befaßt, so z. B. Dorothy Woodman in ihrem 1969 erschienenen Buch<sup>2</sup> und Alastair Lamb<sup>3</sup>, der die indisch-chinesische Grenze kritisch untersuchte. (Maxwell hat weiter Kenntnis von einer noch unveröffentlichten Studie von Lamb, „The Aksai Chin“, die man mit Spannung erwarten darf.) Andererseits spielen im Notenwechsel zwischen den beiden Ländern ab 1960 historisch-juristische Argumente nur noch eine untergeordnete Rolle; zu einer Erklärung des Grenzkrieges von 1962 trägt die Betrachtung unter diesem Gesichtspunkt nur wenig bei, wenn auch die unsicheren Grenzen — eine Hinterlassenschaft der Engländer — den Anlaß dazu boten.

Zum Verständnis der weiteren Ausführungen mag eine kurze Einführung in die geographischen Daten dienen. Eine 1960 eingesetzte Grenzkommission beider Länder teilte die Grenzgebiete in drei Abschnitte ein. a) Im westlichen Gebiet trennt die ungefähr 1000 Meilen lange Grenze Ladakh von Tibet. Zum heftigsten Streitpunkt zwischen beiden Ländern wurde vor allem der nordöstliche Teil, der im Norden Aksai Chin und weiter südlich Lingzi Tang genannt wird. Dieses durchschnittlich 4000 m hohe, unbewohnte und unzugängliche Bergland erstreckt sich nordöstlich des Karakorum — bis zur Kammhöhe des Kuenlungebirges. b) Im mittleren Sektor

<sup>1</sup> N. Maxwell, *India's China War*, London 1970.

<sup>2</sup> D. Woodman, *Himalayan Frontiers*, London 1969.

<sup>3</sup> A. Lamb, *The China-India Border*, London 1964; ders., *The McMahon Line: A Study in Relations Between India, China and Tibet 1904 to 1914*, London 1966.

ist das strittige Gebiet nicht sehr groß. Die indischen Provinzen Uttar Pradesh, Himachal Pradesh und Ost-Punjab grenzen auf einer Strecke von 400 Meilen an Tibet. Der indisch-chinesische Vertrag vom Jahre 1954 hat sechs Pässe dem Verkehr geöffnet. China beansprucht an einigen Stellen auch den Kamm südlich der Paßhöhen. c) Die Grenze im Osten erstreckt sich von Bhutan bis Burma in einer Länge von ungefähr 700 Meilen. Nach indischer Ansicht bildet der Hauptkamm des Himalaya die Grenze, während die Grenzlinie auf chinesischen Karten bis zum Fuße des Gebirges im Süden reicht. Das von beiden Seiten beanspruchte Gebiet beträgt 32 000 Quadratmeilen. Im Süden besteht es aus einem Streifen Tiefland; die ansteigenden Kammhöhen sind dicht bewaldet und kaum zugänglich.

**Die Grenze im Westgebiet** wurde nie in einem Vertrag festgelegt. 1846 kam Kaschmir unter britische Herrschaft. Der Regent von Jammu hatte einige Jahre zuvor Ladakh unterworfen. Mit Tibet bestand seit 1842 ein Abkommen, das die Funktion eines Nichtangriffspaktes hatte und lediglich die Achtung vor einer nicht näher und eindeutig definierten Grenze auferlegte. 1865 erstellte W. Johnson vom Survey of India eine Karte, die Aksai Chin einschloß. Schon damals fehlte es nicht an Einsprüchen über die Einbeziehung dieses Gebietes<sup>4</sup>, und auch heute würde sie nicht mehr als traditionelle Grenze bezeichnet werden.

In der Grenzfrage standen sich eine gemäßigte und eine aggressive Schule gegenüber, wobei die letztere den Bestand des indischen Territoriums im großen Spiel mit Rußland durch weiteren Gebietsgewinn sichern wollte. Chinesisches Gebiet sollte dabei als Puffer vor russischer Expansion schützen.

Nach Ansicht von John Ardagh, einem Vertreter der „forward school“, konnte China die ihm zugedachte Funktion aber nicht mehr erfüllen, nachdem sich dessen Schwäche erwiesen hatte. Er schlug daher eine weit nach Norden verschobene Grenze vor, die das umstrittene Gebiet Aksai Chin einschloß. Der damalige Vizekönig, Lord Elgin, sah aber in einer direkten Regelung mit China eher die Gewähr für eine klare Grenze (und damit den Schutz vor russischer Expansion).

Nachdem 1896 chinesische Ansprüche auf gesamt Aksai Chin bekannt geworden waren, übermittelte Elgin 1899 den einzigen konkreten Grenzvorschlag, den China je von den Briten erhielt<sup>5</sup>. Diese unbeantwortete Note wurde oft falsch zitiert; so belegte zum Beispiel Nehru und der indische Report die indischen Ansprüche fälschlich mit dieser britischen Note. Lord Elgins Vorschlag beruhte auf dem Konzept von George Macartney, dem britischen Repräsentanten in Kaschgar, der eine Teilung Aksai Chins vorschlug: das nördlich Aksai Chin mit dem alten Handelsweg — heute zur Straße ausgebaut — wäre bei China verblieben, das südliche mit dem Chang-Chenmo-Tal und dem Chip-Chap-Fluß bei Indien.

Obwohl auf der Karte von McMahon von 1914 Aksai Chin zu Tibet gehört<sup>6</sup>, greifen spätere britische Karten bis 1947 wieder auf Johnsons Grenzlinien zurück. Maxwell ist der Ansicht, daß die Briten bestenfalls ein „prescriptive right“ auf das Chang-Chenmo-Tal bis zum Kongka-Paß beanspruchen konnten, Aksai Chin stand aber niemals unter britischer Administration<sup>7</sup>.

<sup>4</sup> Maxwell, S. 28. Lamb, *The India—China Border*, S. 87.

<sup>5</sup> Maxwell, S. 35.

<sup>6</sup> Lamb, *The McMahon Line*, S. 553; zit. bei Maxwell, S. 53.

<sup>7</sup> Maxwell, S. 36.

Nach indischer Auffassung kam Nefa („North East Frontier Agency“), **das östliche Grenzgebiet**, 1914 nach der Simlakonferenz unter britische Jurisdiktion. Die Chinesen betrachteten die Grenzlinie, nach dem britischen Vertreter bei der Konferenz McMahon benannt, als Symbol britischer Machtpolitik, die Tibet von China lösen wollte. Die Inder behaupteten, die Grenze entlang den höchsten Erhebungen, identisch mit der McMahon-Linie, sei von den Völkern beider Seiten jahrhundertlang akzeptiert worden. Nehru folgerte am 26. 9. 1959 in einem Brief an Tschou-En-lai: „It is clear, therefore, that the McMahon line was not an arbitrary imposition on a weak Tibet by the Government of India. It formalized the natural, traditional, ethnic and the administrative boundary in the area.“<sup>8</sup>

1873 hatten die Briten eine Verwaltungsgrenze geschaffen, die sogenannte „inner line“; gleichzeitig legte man als Staatsgrenze eine „outer line“ am Fuße der Berge (also nicht auf den Kammhöhen) fest. Das Land nördlich dieser „outer line“ bewohnten Stämme, zwischen denen es keine Nordsüdmobilität gab<sup>9</sup>. Als sich 1910 der chinesische Einfluß in Tibet festigte und die Chinesen an der südlichen Grenze in das Stammesgebiet an den Flußläufen vorstießen, wollte die „forward school“ das Gebiet nördlich der Verwaltungsgrenze unter britischen Einfluß bringen. Die Regierung Indiens und vor allem London widersetzten sich zunächst jeder Veränderung. Diese Politik wurde jedoch revidiert, als ein britischer Beamter von den Stämmen ermordet wurde. Lord Hardinge strebte angesichts der chinesischen Aktivität eine lose politische Kontrolle über die Stämme an — also eine Festschreibung der äußeren Staatsgrenze, während die Verwaltungsgrenze unberührt bleiben sollte<sup>10</sup>.

Die britische Regierung beabsichtigte, diese Positionen, die ja von den Chinesen nie akzeptiert worden waren, 1913/1914 in einem Abkommen zwischen Indien, China und Tibet auf der Simlakonferenz endgültig festzulegen. Nach dem Plan McMahons sollte Tibet in eine innere und eine äußere Zone geteilt werden. Während die chinesische Suzeränität über Gesamt Tibet unbestritten blieb, sollte China keine administrativen Rechte im äußeren Tibet besitzen, das an Indien grenzte. Der Entwurf wurde vom chinesischen Vertreter, obwohl er Einwände gegen die Teilung Tibets und gegen die vorgeschlagene Grenzlinie erhoben hatte, zwar unterzeichnet, von der chinesischen Regierung aber nicht ratifiziert, die aus Erfahrung in einer geschwächten Position nicht verhandeln wollte<sup>11</sup>. Neben diesem Abkommen unterzeichnete McMahon im geheimen mit Tibet eine revidierte Konvention, die nicht veröffentlicht wurde<sup>12</sup>. Hiernach wurde die Grenzlinie weiter nach Norden verschoben, sie schloß nun das ganze Gebiet um Tawang ein.

Die Gültigkeit des zweiseitigen Abkommens war eine viel debattierte juristische Frage. Nach indischer Ansicht war Tibet nicht souverän, konnte aber Verträge abschließen, wie Vertragsabschlüsse mit anderen Ländern zeigen sollten<sup>13</sup>. Die bri-

<sup>8</sup> Notes, Memoranda and letters exchanged and Agreements signed between the Governments of India and China (White-Papers im folgenden als W. P. zitiert). W. P. II, 26. 9. 1959, S. 39.

<sup>9</sup> Lamb, India—China Border, S. 131.

<sup>10</sup> Maxwell, S. 44.

<sup>11</sup> Maxwell, S. 48.

<sup>12</sup> Maxwell, S. 50.

<sup>13</sup> Ministry of External Affairs, Report of the Officials of the Governments of India and the People's Republic of China and the Boundary Question, S. 153.

tische Regierung ihrerseits hatte 1906 in einer Anglo-Chinesischen Konvention und 1907 in einer Anglo-Russischen Konvention eingewilligt, kein tibetisches Gebiet zu annektieren und mit Tibet nur durch Vermittlung Chinas zu verhandeln. Das Geheimabkommen verstieß klar gegen diese Bestimmungen.

Während sich die Engländer zunächst an die McMahon-Grenzlinie hielten, wurde seit den dreißiger Jahren die zweiseitige Geheimkonvention in den Vordergrund geschoben. Ab 1937 änderten sich etliche britische Karten, die bisher die Grenze am Fuße des Gebirges zeigten, und führten die McMahon-Linie als „undemarcated“ ein. Nach dem Zweiten Weltkrieg bemühte sich die britische Regierung um eine intensivere Grenzsicherung. Sie errichtete Posten im Gebiet der Stämme und verhinderte im südlichen Tawangtrakt tibetische Verwaltung.

### **Indisch-chinesische Beziehungen bis zu den ergebnislosen Gesprächen im Jahre 1960**

Das unabhängige Indien erbt von den Engländern die Unsicherheit seiner Grenzverläufe gegenüber Tibet. Die Chinesen hatten es zunächst nicht eilig, die umstrittenen Grenzfragen mit Indien zu klären. Als jedoch der indische Ministerpräsident Nehru 1950 die McMahon-Linie zur unverletzlichen Grenze erklärte, schlug Tschou-En-lai Gespräche zur Klärung der offenen Fragen vor, deutete jedoch eine grundsätzliche chinesische Haltung an, die indische Vorstellungen in Zweifel zog<sup>14</sup>. Obwohl die Inder dieses Gesprächsangebot begrüßten, kamen beide Seiten darauf vorerst nicht mehr zurück.

Die folgenden Jahre sind gekennzeichnet durch Koexistenz sich widersprechender Grenzvorgstellungen der Inder und Chinesen, wobei darauf hinzuweisen ist, daß es auch in der indischen Führung keine einhellige Meinung über den zu fordernden Grenzverlauf bzw. die einzuschlagende Politik gegenüber China gab<sup>15</sup>.

Die Inder begingen in der Folgezeit den Fehler, das Schweigen bzw. die Zurückhaltung der Chinesen in der Grenzfrage als Zustimmung zu den indischen Grenzvorgstellungen zu deuten. Als z. B. bei den Tibetverhandlungen zwischen Indien und China 1954 die Grenzfrage ausgeklammert wurde, wurde dies entsprechend fehlinterpretiert. So gab Nehru 1954 in einem Memorandum an die Ministerien die Direktive aus, die indische Grenze, insbesondere die umstrittenen Gebiete, durch ein System von Posten zu sichern. Im selben Jahre änderten die Inder ihre Karten, die McMahon-Linie, bisher als fein unterbrochene Linie gezeichnet, erschien jetzt als definitive Grenze. In der westlichen Region wurde die Johnson-Linie kartographisch bekräftigt.

Maxwell sieht in diesen indischen Maßnahmen entscheidende Stufen zu der späteren Konfliktausweitung. „Nehru had taken the step which was to transmute the boundary problem into a dispute, and the dispute ultimately into a border war.“<sup>16</sup> Wenn Maxwell auch zugesteht, daß beide Länder ihre Grenzfragen besser beim Beginn ihrer Beziehungen geklärt hätten, lastet er mit diesen generellen Folgerungen ausschließlich der indischen Politik die Verantwortung für die kommende Entwicklung an. Daß

<sup>14</sup> Maxwell, S. 76.

<sup>15</sup> Maxwell, S. 76/77.

<sup>16</sup> Maxwell, S. 81.

jedoch auch die Chinesen durch ihre ‚einladende‘ Zurückhaltung nicht ganz ohne Schuld an dem indischen Verhalten sein könnten, wird von Maxwell nicht in Betracht gezogen.

Die 1956/57 in der Atmosphäre der Bandung-Euphorie und lautstarker indisch-chinesischer Verbrüderung geführten Gespräche zwischen Nehru und Tschou-En-lai ergaben die bislang günstigsten Voraussetzungen für eine politische Lösung der offenen Grenzfragen. Diese Chance verstrich jedoch ungenutzt. Während Tschou-En-lai den indischen Vorstellungen über den Grenzverlauf in der östlichen Region verbal weit entgegenkam, vermied er es doch, definitive Zusagen zu machen. Der Grenzverlauf in Aksai Chin kam gar nicht erst zur Sprache, was die Inder erneut in ihren fälschlichen Annahmen bestärkte.

Wie wenig diese Annahmen tatsächlich mit den chinesischen Vorstellungen in Einklang standen, wurde 1958 mit den ersten indisch-chinesischen Zusammenstößen in Aksai Chin klar. Die Inder entsandten im Sommer dieses Jahres zwei Streifen in die nordöstliche Region Aksai Chins, von denen eine zurückkehrte und den Bau der Aksai-Chin-Straße durch von Indien beanspruchtes Gebiet bestätigte (von deren Existenz Nehru seit 1957 wußte), während die andere von den Chinesen festgehalten wurde. Am 18. 10. erkundigte sich die indische Seite nach den Festgehaltenen und bedauerte in einer milden ‚informal Note‘, daß die chinesische Seite ohne Erlaubnis eine Straße auf indischem Gebiet baute<sup>17</sup>.

Diese Zwischenfälle führten vorerst jedoch nicht zu einer merklichen Verschlechterung der beiderseitigen Beziehungen. Die indische Regierung verzichtete auch zunächst darauf, die indische Öffentlichkeit von den Vorfällen zu unterrichten, um jede öffentliche Erregung zu vermeiden. Als die Vorfälle jedoch 1959 vor dem indischen Unterhaus zur Sprache kamen, geriet die indische Regierung mehr und mehr unter den Druck der öffentlichen Meinung, deren Emotionen sich besonders angesichts der chinesischen Straße durch Aksai Chin erhitzten, die Tibet mit Sinkiang verbindet; diese Straße wurde bereits 1950 von der chinesischen Armee benutzt, wobei die Chinesen erklärten, sie hätten zu dieser Zeit Aksai Chin erkundet. 1956/57 bauten sie diese Straße unter großen Strapazen aus. Immer wieder strichen die folgenden chinesischen Noten ihre Bedeutung als einziger Verbindungsweg zwischen Tibet und Sinkiang heraus, da die Wüste Gobi im Nordosten nicht befahrbar ist.

Der zu dieser Zeit (1958/59) zwischen Nehru und Tschou-En-lai geführte Briefwechsel machte erneut die gegensätzlichen Positionen klar. Während Nehru jeglichen Grenzstreit leugnete und die Grenzfrage gemäß den indischen Grenzvorstellungen für geregelt hielt (eine Haltung, die Indien übrigens auch im Kaschmir-Konflikt gegenüber Pakistan einnimmt), wies Tschou-En-lai wiederholt auf die ungeklärten beiderseitigen Ansprüche hin und schlug bis zur endgültigen Klärung der Frage als provisorische Maßnahme eine Einhaltung des Status quo vor. Mit besonderem Nachdruck wies er zudem auf die historisch begründeten Ansprüche in der Aksai-Chin-Region hin.

1959 verschlechterte sich das Verhältnis zwischen beiden Staaten erneut mit dem Beginn des tibetischen Aufstandes. Die Chinesen warfen den Indern Unterstützung tibetischer Rebellen vor. Symptom dieser Entwicklung sind die nun auch in der

<sup>17</sup> W. P. I, 18. 10. 1958, S. 26.

Ostregion auftretenden Grenzzwischenfälle, für die beide Seiten sich jeweils gegenseitig verantwortlich machen. Im Zuge dieser Entwicklung verlassen die Inder die bislang relativ ‚gesicherten‘ Positionen der McMahon-Linie<sup>18</sup> und verschieben ihre Grenzansprüche in der Ostregion nach dem ‚Wasserscheidenprinzip‘ weiter nach Norden. Aus indischer Sicht handelte es sich allerdings nicht um eine Revision, sondern lediglich um eine Neuauslegung der McMahon-Linie, basierend auf der ‚definitive topography‘. Nach Maxwell trägt Indien mit dieser neuen Auslegung die Verantwortung für die Grenzzwischenfälle dieses Jahres<sup>19</sup>. Die Chinesen ihrerseits antworten hierauf mit Ansprüchen auf Gebiete südlich der McMahon-Linie<sup>20</sup>, die von China ohnehin prinzipiell immer als nicht akzeptables Produkt einer britisch-imperialistischen Aggressionspolitik empfunden wurde. Während die Inder nach wie vor jegliche Grenzverhandlungen ablehnten, läßt die chinesische Haltung darauf schließen, daß ihnen daran gelegen war, durch Anmeldung von Gebietsansprüchen auch in der Ostregion eine wesentlich günstigere Ausgangsbasis für indische Zugeständnisse in der für sie viel wichtigeren Aksai-Chin-Region zu schaffen. Aus diesem Grunde lehnten sie gesonderte Verhandlungen über die einzelnen Regionen ab und strebten vielmehr ein umfassendes Grenzabkommen an, in dem chinesische Zugeständnisse im Osten durch indisches Entgegenkommen im Westen ausgeglichen werden könnten<sup>21</sup>. Während die Chinesen die Situation durch Verhandlungsangebote offen hielten, luden die Inder durch ihre kategorische Ablehnung eine gewichtige Schuld auf dem Weg zu der späteren bewaffneten Auseinandersetzung auf sich<sup>22</sup>.

Die Inder zeigten sich überaus erstaunt; sie hielten die nun klarer als zuvor geäußerten chinesischen Ansprüche für einen eklatanten Vertrauensbruch. Während die Chinesen letztlich nur ihre frühere Zurückhaltung aufgegeben hatten, erblickten die Inder hierin einen deutlichen Meinungsumschwung. Nehru, der die Freundschaft mit China stets verteidigt hatte, fühlte sich persönlich hintergangen und zusätzlich vehementer Kritik ausgesetzt<sup>23</sup>.

Die Zwischenfälle und die nun klarer hervortretenden chinesischen Ansprüche veränderten Nehrus Einstellung und hatten weitreichende Auswirkungen auf seinen Entscheidungsspielraum. Die Wut und Frustration in der indischen Bevölkerung erreichten einen neuen Höhepunkt. Die nicht-kommunistische Opposition kritisierte Nehru mit beispielloser Heftigkeit. Die Reaktion des enttäuschten Nehru wies sich denn auch durch Hochschrauben der Ansprüche aus.

Er forderte die Chinesen auf, die Ergebnisse der anglo-tibetischen Gespräche (1914) anzuerkennen. Während er mit dieser Maximalforderung in der Sache äußerst weit ging, versuchte er durch einen konzilianteren Ton eine weitere Verschlechterung der Beziehungen zu verhindern. So schlug er nun auch seinerseits vor, beide Seiten sollten den Status quo beibehalten, eine Übertretung der traditionellen Grenze sollte rückgängig gemacht werden. Ähnlich zurückhaltend äußerte sich Nehru im

<sup>18</sup> W. P. II, 26. 9. 1959, S. 44.

<sup>19</sup> Maxwell, S. 122.

<sup>20</sup> Maxwell, S. 123.

<sup>21</sup> Maxwell, S. 99.

<sup>22</sup> Maxwell, S. 75.

<sup>23</sup> Nehru in der Lok Sabha am 10. 9. 1959. Siehe Maxwell, S. 121.

September 1959 vor dem Unterhaus, indem er eingestand, daß die Grenzfrage in Aksai Chin durchaus diskutabel sei.

Doch bereits zwei Monate später versteifte sich die indische Haltung erneut, die Regierung geriet nun mehr und mehr unter den Druck der öffentlichen Meinung. So stellte eine indische Note am 4. 11. 1959 über das bislang völlig vernachlässigte und nie ‚verwaltete‘ Gebiet Aksai Chin fest: „Indeed, any person with a knowledge of history not only of recent events, but of the past hundreds of years and more, would appreciate that this traditional and historical frontier of India has been with India's culture and tradition for the last two thousand years or so, and has been an intimate part of India's life and thought.“<sup>24</sup>

Als Nehru im Dezember von Parlamentariern sein früheres vermeintliches Entgegenkommen in der Aksai-Chin-Region vorgehalten wurde, legte er ein Bekenntnis ab, das in krassem Gegensatz zu der Vernachlässigung des Gebietes durch die Regierung steht: „It has been associated with the thinking of our race, our forbears for thousands of years; and our whole cultural tradition is tied up with it; our literature is tied up with it, our mythology is tied up with it. So far it is an essential part of us, something deeper or greater and more important than merely territorial claim.“<sup>25</sup>

Maxwell nennt drei Gründe für Nehrus Meinungsänderung bzw. Verhärtung: der öffentliche Druck, persönliche Entrüstung und der Bericht des Historikers Dr. Gopal, der den indischen Standpunkt unterstützt hatte; Nehru hatte ihn nach England geschickt, um die historische Basis objektiv zu erkunden.

Entgegen der kompromißloseren Haltung der Inder erweckte die Note der Chinesen vom 20. 10. den Eindruck, daß sie eine schnelle und friedliche Regelung herbeiführen wollten. Im November regte Tschou-En-lai in einem äußerst freundlichen Brief an Nehru unmittelbare Maßnahmen zur Vermeidung weiterer Zwischenfälle an. Beiderseits der Grenze sollte eine Pufferzone entstehen, jede Regierung sollte ihre Truppen 20 Kilometer von der Grenze zurückziehen, die im Osten mit der ‚sogenannten‘ McMahon-Linie, im Westen mit der **tatsächlichen Kontrollinie** zusammenfalle.

Nehru beantwortete dies mit dem Gegenvorschlag, die Posten hinter die ‚**traditionellen Grenzen**‘ zurückzuziehen und die Tätigkeit der Streifen einzustellen. Im westlichen Gebiet sollte die chinesische Regierung ihre Posten hinter die auf indischen Karten gekennzeichnete Linie zurückziehen, die indische Regierung wolle dann innerhalb des von China beanspruchten Gebietes ebenfalls keine Truppen mehr stationieren.

Für die Chinesen waren diese indischen Konzessionen nur theoretischer Natur, während sie selbst ein 33 000 qkm großes Gebiet mit der strategisch wichtigen Straße aufgeben müßten. Nehrus Vorschlag erwies sich somit für die Gegenseite als unannehmbar.

Trotz dieser gegensätzlichen, im Prinzip unversöhnlichen Positionen kam es 1960 doch noch zu einer Zusammenkunft Tschou-En-lais mit Nehru in Delhi, die jedoch nur die Unvereinbarkeit der Standpunkte manifestierte. Während die Chinesen erneut auf eine Gesamtregelung mit gegenseitigem ‚give and take‘ in der Ost- bzw.

<sup>24</sup> W. P. II, 4. 11. 1959, S. 26.

<sup>25</sup> Nehru in der Lok Sabha am 5. 12. 1959. Ministry of External Affairs, Primeminister on Sino-Indian Relations (P.M.S.I.R.) I, i. S. 135.

Westregion hinzielten, vermieden die Inder jede Festlegung, die eine Veränderung der Verhältnisse im westlichen Sektor zur Folge gehabt hätte. Das kurze Kommuniqué bewies, das dieser letzte Versuch, die Streitfragen auf Premierenebene zu lösen, ergebnislos blieb.

### Die „forward policy“ im westlichen Grenzgebiet

Da die Gespräche ergebnislos blieben und eine politische Lösung in dieser Situation ausgeschlossen war, wuchs auf seiten Indiens der Entschluß zu Gegenmaßnahmen im westlichen Gebiet. Diese ‚forward policy‘ war in ihren Zielen nicht programmatisch festgelegt, sondern entwickelte sich schrittweise fort.

Um jedes weitere Eindringen der Chinesen zu verhindern, sollten indische Posten im Februar 1960 eine feste Verteidigungslinie bilden. Der Staatssekretär im indischen Außenministerium, S. Dutt, wies am 25. 9. 1960 die militärische Führung in der Westregion an, die Patrouillentätigkeit zu aktivieren, für die grundsätzlich keinerlei Einschränkungen bestünden<sup>26</sup>. Die Soldaten sollten Zusammenstöße vermeiden, aber vor der Grenzlinie auf chinesischen Karten nicht zurückschrecken und Posten in Gebieten errichten, wo die Chinesen noch keine besaßen.

Im Oktober 1961 entdeckten die Inder drei neue chinesische Posten. Auf den 1960 von der chinesischen Kommission vorgelegten Karten schloß die chinesische Grenze ein größeres Gebiet ein als die 1956 veröffentlichte Karte, auf die Tschou-En-lai 1959 verwiesen hatte. Die Inder sprachen von kartographischer Aggression, während die Chinesen anführten, eine traditionelle Grenze sei nicht genau festzulegen. Einer dieser neu entdeckten Posten lag zwischen der 1956er- und 1960er-Linie und war nach indischer Ansicht ein Anzeichen für weitere aggressive chinesische Absichten. Die nicht-kommunistische Opposition im indischen Parlament argumentierte, der Gegner sichere weitere Ansprüche, und verlangte wütend nach indischen Aktionen. Im November trafen sich Vertreter der Armee, des Verteidigungs- und Außenministeriums zu einer entscheidenden Sitzung im Büro Nehrus. Maxwell vermutet, B. N. Malik, der Leiter des Nachrichtendienstes, setzte seine Ansichten in den Direktiven durch. Nach dessen Annahme wollten die Chinesen das von ihnen beanspruchte Gebiet durch Posten sichern, die Inder müßten deshalb schnell das ‚Vakuum‘ ausfüllen. Die Patrouillen sollten so weit wie möglich in Richtung der ‚internationalen Grenze‘ vorstoßen und Posten errichten. Gleichzeitig sollten zur Unterstützung hinter diesen vorgeschobenen indischen Posten größere Truppenkonzentrationen aufgestellt werden. Im Sommer 1962 war das Gebiet hinter der Grenzlinie schachbrettartig von Posten beider Seiten durchsetzt. Schon im Mai drohte ein Zusammenstoß, der ebenso wie im Juli im Galwatal durch einen chinesischen Rückzug verhindert wurde. Der Zwischenfall nährte in Indien den Glauben, die Chinesen wichen vor demonstrativen Verteidigungsanstrengungen und Härte zurück.

Trotz der chinesischen Warnungen schlossen die indischen Politiker eine ernsthafte Vergeltungsaktion aus. Die politische Entscheidung zur „forward policy“ war nicht

<sup>26</sup> Maxwell, S. 200.



auf die militärischen Möglichkeiten abgestimmt und enthüllte die Unkenntnis indischer Politiker über die militärische Lage. Weil eine Bedrohung durch einen Nachbarstaat ausgeschlossen wurde und der wirtschaftliche Aufbau Priorität haben sollte, waren die Ausgaben für das Militär auf ein Minimum reduziert worden. Die Klagen der Armeeleitung über ungenügende Ausrüstung und Versorgung von 1960 bis 1962 deckten ein Reich von Mißständen auf. Einerseits sollten nun Truppen ausgehoben werden, andererseits fehlte das dafür benötigte Material. Selbst die Defensivkonzeption der „forward policy“ ging über die Kräfte der Armee hinaus: so gab es nicht einmal eine Straße ins westliche Grenzgebiet, die Posten mußten zum Teil aus der Luft versorgt werden. Die Armeeleitung war sich dieser Schwächen durchaus bewußt und legte deshalb Anweisungen restriktiv aus, solange General Thimayya Armeechef war.

1960 warnte eine Denkschrift der Armee, die indischen Maßnahmen könnten eine scharfe chinesische Reaktion zur Folge haben. 1961 warnte Kaul als Generalstabschef unter Thimayya, bei ihrer begrenzten Stärke und Versorgungslage könnte die Armee einer größeren, chinesischen Aktion nicht standhalten. Als im Sommer 1961 General Thapar Armeechef wurde, nahm Kauls Position – er blieb auch unter Thapar Generalstabschef – an Bedeutung zu, nicht zuletzt auch seine persönlichen Beziehungen zu Nehru. Maxwell verfolgt den außergewöhnlichen Aufstieg Kauls und den Ausbau seiner Machtstellung durch ihn ergebene Offiziere sehr kritisch. Nach dem Wechsel der Armeeleitung hatte Kaul größere Handlungsfreiheit und einen erweiterten Ermessensspielraum. Thapar selbst schloß eine chinesische Reaktion nicht aus, aber seine Warnungen fanden kein Gehör<sup>27</sup>. Kaul wies zwar auf die Mängel der Armee hin, war aber wohl wie Nehru überzeugt, daß die Inder in einem kleineren Gefecht nichts zu fürchten hätten. Die nachrichtendienstlichen Informationen der Armee selbst ließen jedoch auf scharfe chinesische Reaktionen schließen, falls das strittige Gebiet bedroht würde<sup>28</sup>.

Wenn auch Maxwells Engagement in seinen Äußerungen über Kaul Zweifel an seiner Objektivität aufkommen läßt, scheint doch festzustehen, daß dieser ebenso wie Nehru einen chinesischen Angriff ausschloß und für eine aggressive „forward policy“ plädierte<sup>29</sup>. Warnende Stimmen erhoben nur unterstellte Einheiten. General Daulat Singh vom Western Command empfahl die „forward policy“ aufzuschieben, bis die Inder die gleiche Stärke wie der Gegner aufwiesen. Militärisch könnte das strittige Gebiet nicht verteidigt werden. Politische Anweisungen sollten auf militärische Möglichkeiten Rücksicht nehmen und auf ihnen beruhen. Wenn die chinesische Straße gefährdet würde, sei mit einer scharfen chinesischen Reaktion zu rechnen.

Die Ziele der „forward policy“ faßte Maxwell wie folgt zusammen:

„First, to block potential lines of further Chinese advance; secondly, to establish an Indian presence in Aksai Chin which would make Indian participation in the joint withdrawals proposed by Nehru more than theoretical, and thus give strength to that diplomatic lever for getting the Chinese out of the area . . .“ – „Beyond that, implicit at the outset, was the intention to undermine Chinese control of the disputed areas by the interposition of Indian posts and patrols between Chinese positions,

<sup>27</sup> Maxwell, S. 225.

<sup>28</sup> Maxwell, S. 225.

<sup>29</sup> Maxwell, S. 254.

thus cutting their supply lines and ultimately forcing them to withdraw.“<sup>30</sup> An anderer Stelle formuliert er das Ziel noch bestimmter:

„With its other objectives it looked ultimately to changing the military balance in Aksai Chin to the point at which India could use force to eject the Chinese.“<sup>31</sup>

Nehru bekannte sich zu einer „dual policy“, d. h. Aufbau der eigenen Stärke bei gleichzeitiger Bereitschaft zu Gesprächen. Dieser Politik lag der Gedanke zugrunde, daß nur aus einer Position der Stärke eine Lösung im Sinne Indiens gefunden werden könnte.

### Die Auseinandersetzung im Jahre 1962

Seit Ende 1961 war Nehru harten Angriffen der nicht-kommunistischen Opposition ausgesetzt, die nach Taten drängte, und nicht selten paßte Nehru seine Äußerungen in Inhalt und Ton seinen Kritikern an, so daß sie seinen ursprünglichen Intentionen widersprachen. Mit dem Hinweis auf die eigenen Fortschritte wollte Nehru die Angriffe seiner Gegner abschwächen und bot damit den Anlaß zu einer heftigen anti-indischen Kampagne in chinesischen Presseorganen. Nehrus Hartnäckigkeit brachten die Chinesen in Zusammenhang mit einer stärkeren Bindung an das „imperialistische Lager“ seit seiner Amerika-Reise. Seine Handlungen und Äußerungen wurden nun unter dem Aspekt seiner „reaktionären“ und „pro-imperialistischen Grundeinstellung“ interpretiert<sup>32</sup>. Die indischen Noten bezeichneten indische Aktivitäten als Verteidigungsmaßnahmen, im Parlament charakterisierte Nehru sie als Initiativen zur Revision der chinesischen Besetzung. Die chinesische Seite wiederum griff diese Äußerungen als Beweis der indischen Aggressionspolitik auf.

Ende April 1962 erkannten die Chinesen wohl definitiv, daß die Inder eine „forward policy“ betrieben. Die freundlichen Noten (1. und 22. 3. 1962) waren ergebnislos geblieben, und die nun folgende chinesische Note (30. 4. 1962) ließ nunmehr keinen Zweifel aufkommen, daß die indische Regierung letztlich einen Konflikt riskierte.

Die indische Seite schlug nun in verschiedenen Noten einen beiderseitigen Truppenrückzug und Verhandlungen vor, knüpfte diese jedoch jeweils an Bedingungen, die für die Chinesen unannehmbar waren.

Die kriegsauslösenden Ereignisse an der Ostgrenze werden in dieser Gründlichkeit erstmals in Maxwells Buch zusammengefaßt. Der Autor stützt sich nicht nur auf das 1969 erschienene Buch von J. S. Dalvi, der als Kommandeur der 3. Brigade maßgeblicher Augenzeuge der Vorgänge im Grenzgebiet zwischen Indien, Bhutan und Tibet<sup>33</sup> war, sondern er führte außerdem Gespräche mit Offizieren und Politikern und hatte Einsicht in unveröffentlichte Armeeberichte.

Weil Maxwells Schilderung der militärischen Ereignisse die Annahme widerlegt, die Chinesen hätten einen unerwarteten Grenzkrieg geführt, sei kurz auf die Entwicklung an der Ostgrenze eingegangen. Das Armeehauptquartier ließ 1962 im Rahmen der Grenzsicherung 24 neue Posten an der McMahon-Linie errichten. Im Juni

<sup>30</sup> Maxwell, S. 174.

<sup>31</sup> Maxwell, S. 176.

<sup>32</sup> K. Pringsheim, China, India and Their Himalayan Border (1961–63), Asian Survey (1963), No. 10, S. 475.

<sup>33</sup> J. S. Dalvi, Himalayan Blunder: The Curtain-Raiser to the Sino-Indian War of 1962, Bombay 1962.

stellten indische Grenzsoldaten auf Initiative des XXXIII. Korps einen Posten ‚Dhola‘ in dem Grenzbereich zwischen Bhutan, Tibet und Indien, südlich von Thag La Ridge, auf, der von den Indern als Wasserscheide betrachtet wurde. Nach der Originalkarte von 1914, auf die sich die Chinesen beriefen, lag Dhola nördlich der McMahon-Linie. Brigadier Dalvi vermutete, daß dieser Posten eine scharfe chinesische Reaktion hervorrufen würde, und General Prasad fragte vorgesetzte Stellen nach der Grenzsituation in diesem Gebiet und schlug vor, daß der Posten am Thag La errichtet werden sollte, falls dieser als Grenze betrachtet würde. Das Außenministerium erklärte, falls dieses nicht schon geschehen sei, könne die indische Jurisdiktion bis zur Kampfhöhe des Thag La ausgedehnt werden.

Diese Entscheidung, die von der indischen Regierung getroffen wurde, obwohl ihr seit den Vorfällen von 1959 bekannt war, daß die Chinesen die Originalkarte von 1914 zugrunde legten, sollte weitreichende Folgen haben. Drei Monate später, am 8. 9., überquerten die Chinesen Thag La Ridge und errichteten einen Posten gegenüber dem indischen. In Abwesenheit Nehrus trafen sich Zivilisten und Militärs unter der Leitung K. Menons am 9. 9. in Delhi. Sie beschlossen, die Chinesen müßten hinter Thag La Ridge, d. h. hinter die McMahon-Linie, wie sie Indien interpretierte, zurückgeworfen werden. Die anwesenden Militärs wiesen auf ihre eigenen Karten hin, die den umstrittenen Posten auf chinesischem Gebiet zeigten. Der Befehl zur Vertreibung blieb davon unbeeinflusst und wurde dennoch an die unterstellten Einheiten weitergegeben. Die Truppenoffiziere hielten diesen aber für undurchführbar: das Gelände im strittigen Gebiet war nicht einmal als Landeplatz für Hubschrauber geeignet, während eine chinesische Straße von Thag La aus in drei Stunden erreicht werden konnte.

In der zweiten Hälfte des Monats drangen die ersten Nachrichten von der „eviction order“ in die Presse; sie wurden von der Öffentlichkeit positiv aufgefaßt, die die Standhaftigkeit der Regierung begrüßte. Nachdem General Kaul als Kommandeur eines neu aufgestellten Korps die Zuständigkeit für die ‚Operation Leghorn‘ erteilt wurde, waren keine Verzögerungen durch skeptische Truppenoffiziere mehr zu befürchten. Obwohl noch am 7. 10. Berichte aus Lhasa auf chinesische Konzentrationen schließen ließen, begann Kaul am 10. 10. eine Offensive, die von den Chinesen zurückgeschlagen wurde.

Die Öffentlichkeit erfuhr schon frühzeitig, daß die Chinesen Thag La Ridge überschritten hatten. Nur eine unverzügliche und demonstrative Aktion konnte die Regierung vor einem Tumult bewahren. Offizielle Sprecher begegneten Vorwürfen über die indische Nachlässigkeit im westlichen Grenzgebiet immer wieder mit dem Hinweis auf die indischen Vorteile im Osten. Die indische Armee war nach ihrer Darstellung gut ausgerüstet und vereitelte auch die kleinste Grenzverletzung. Noch im Oktober 1962 erzählte Nehru Journalisten, Indien befinde sich in der vorteilhafteren Position. Maxwell schließt einleuchtend:

„Plainly, there was deception somewhere; if Nehru was not deliberately misleading the public, then he had been deliberately misled by his senior military advisers.“<sup>34</sup> Mit den öffentlichen Versicherungen, die Inder hätten die Situation in der Hand, bestärkten Regierungssprecher die Öffentlichkeit in ihrem Ruf nach Aktionen. Der Protest von untergeordneten militärischen Stellen wurde von den Politikern nicht

<sup>34</sup> Maxwell, S. 302.

beachtet. Am 10. 10. mußte jedoch auch Kaul erkennen, daß die Grundannahmen falsch waren; deshalb ist es erstaunlich, daß er bei einem Treffen mit Nehru, Menon und Verantwortlichen aus dem Außen- und Verteidigungsministerium am 11. 10. in Delhi keine definitive Kursänderung bewirken konnte. Über dieses Treffen liegen unterschiedliche Berichte vor. Der Befehl zur Vertreibung der Chinesen wurde nicht formell zurückgenommen, wie auch klare Instruktionen unterblieben. Maxwell führt an, „Krishna Menon, Kaul and the General Staff still hoped that the Chinese could somehow be thrown back, and were determined, above all, that there should be no withdrawal from the Namka Chu.“<sup>35</sup>

Die dergestalt zutage tretenden Unsicherheiten wurden vor der Öffentlichkeit durch emphatische Worte kompensiert. So Menon: „The policy of the Government of India to eject the Chinese from NEFA, whether it takes one day, a hundred days or a thousand days', and to fight it out in Ladakh ,to the last man, the last gun'.“<sup>36</sup> Für Maxwell besteht somit kein Zweifel, daß die indische Politik an den Grenzen den großangelegten chinesischen Angriff auf indische Stellungen im Westen und Osten am 20. 10. hervorrief.

Abweichend von Maxwell ist Klaus Pringsheim der Meinung: „Carefully planned minor Chinese encroachment in the N.E.F.A. in September evoked Nehrus expected retaliation when he ordered a limited counter-attack to nullify the new intrusion. The Indian attack was permitted to score a small degree of success, whereupon the Chinese struck a stunning, massive counterattack which they had planned from the outset. The Chinese attack came, however, only after India had given repeated open indications of being herself on the offensive and the Indian press had prematurely congratulated itself on the success of India's military operations. The available documents and press reports cannot conclusively prove it, but China appears to have baited an elaborate trap, enabling her to „prove“ later that it was India which had refused to negotiate, Nehru who had announced the order to oust the Chinese, the Indian press which had bragged off an impending offensive, and Indian troops which had first attacked along the Kechilang River. The massive Chinese attacks of October could thus be misrepresented as self-defense measures with what the Chinese government must have considered to be the necessary minimum of credibility for propaganda purposes.“<sup>37</sup>

Der Verlauf des kurzen Grenzkrieges, die chinesischen Angebote für den Waffenstillstand und ihr freiwilliger Rückzug bewiesen, daß den Chinesen nicht an einem größeren Gebietsgewinn gelegen war. Statt dessen verfolgten sie mit ihren Aktionen folgendes Ziel: „The political objective of the military action would be to bring India to the negotiating table, by showing once and for all that the Indian attempt to achieve a settlement on her own terms, by moving into Chinese – held territory, was futile.“<sup>38</sup> Daß die Inder grundsätzlich gedemütigt werden sollten und sich die Chinesen die Vorherrschaft in Asien sichern wollten, lehnt Maxwell als Interpretation ab: ebenso die Annahme, Indiens wirtschaftliche Entwicklung sollte durch notwendige Ausgaben für das Militär beeinträchtigt werden<sup>39</sup>.

<sup>35</sup> Maxwell, S. 351.

<sup>36</sup> Times of India, 15. 10. 1962; zit. bei Maxwell, S. 351.

<sup>37</sup> Pringsheim, S. 489/490.

<sup>38</sup> Maxwell, S. 348.

<sup>39</sup> Maxwell, S. 348.